

Der Landrat wies darauf hin, dass der Antrag in der Sitzung des Kreisausschusses am 01.07.2019 einstimmig zur weiteren Beratung in den Ausschuss für Inklusion und Gesundheit verwiesen wurde.

Abg. Otter sagte, seine Fraktion habe bereits vor einem Jahr den Abbau von Teilbereichen der Kinderklinik in Sankt Augustin kritisiert. Insofern habe man nun das Thema priorisiert, indem man sage, dass die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung durch die Kreisverwaltung sichergestellt werden müsse. Sollte die gesundheitliche Versorgung in der bisherigen privatwirtschaftlichen Form nicht möglich sein, müsse über andere Möglichkeiten wie eine Rekommunalisierung nachgedacht werden. Alternativ könne der Rhein-Sieg-Kreis oder eine Kommune Betreiber der Kinderklinik werden. Man benötige für die Mitbürgerinnen und Mitbürger einen entsprechenden Hinweis, dass die Politik an einer konkreten Lösung interessiert sei.

Hinsichtlich der Vorgehensweise des Asklepios-Konzerns bemerkte Abg. Otter, er halte es für inakzeptabel, dass seitens des Konzerns Fördergelder für die Schließung der Klinik beantragt würden und um somit die Mittel, die der Konzern für den Betrieb der Klinik erhalten habe, zurückzahlen könne.

Abg. Dr. Bieber sagte, der Sachverhalt habe sich nach der Sitzung des Kreisausschusses am 01.07.2019 durch den Antrag vom Asklepios-Konzern geändert. Man könne nun über die Anträge debattieren oder man gehe als Kreis aufgrund der Wichtigkeit der Kinderklinik gemeinsam und einheitlich mit der Thematik um.

Die Koalition sei bereit, ihren Antrag mit der Zielsetzung zurückzuziehen, dem Landrat das Vertrauen auszusprechen, indem zunächst der Sachverhalt deutlich dargestellt werde und Gespräche geführt würden, um auf einer qualitativ anderen Grundlage das Thema zu erörtern. Darüber hinaus dürfe man nicht vorschnell Erwartungen wecken, die nicht erfüllt werden könnten.

Oberste Priorität habe der Fortbestand der Kinderklinik sein. Deshalb sei seine Fraktion bereit, den Antrag zurückzuziehen. Er stelle es anderen Fraktionen zur Diskussion.

Abg. Waldästl führte aus, er beantrage eine Sitzungsunterbrechung, um fraktionsübergreifend zu klären, wie man mit diesem Thema umgehe. Es sei wichtig, dass man sich über ein gemeinsames Signal für den Erhalt des Klinikstandortes und für eine Unterstützung des Landrates bei seinen Bemühungen in dieser Angelegenheit verständige.

Der Landrat schlug vor, die Sitzung für zehn Minuten zu unterbrechen und ließ hierüber abstimmen.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung durch den Landrat teilte dieser mit, dass sich die Fraktionen im Kreistag auf einen gemeinsamen Beschlussvorschlag verständigt hätten. Nach Bekanntgabe des Beschlusstextes ließ er über diesen abstimmen.

Abschließend teilte der Landrat mit, er werde den Kreistag über den Fortgang der Beratungen unterrichten.